

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

MIGRATION / RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremismus nützt dem Staat

Rechtsextreme Aktivisten blockieren in Frankreich einen Alpenpass, um – erst einmal symbolisch – die Migration aufzuhalten. Die etablierte Politik reagiert, indem sie die Sorgen und Ängste der Rechtsextremen «sehr ernst» nimmt, und friedliche, mit den Migrant-inn-en Demonstrierende einsperrt.

Rechtsextreme Aktivisten aus der «identitären» Bewegung («Les Id» für die Eingeweihten) blockierten am Wochenende des 21./22. April 2018 einen verschneiten Alpenpass in den französischen Hochalpen bei Briançon. Dieser «Col de l'Echelle» wird immer häufiger von Migrant-inn-en benützt, seitdem die französisch-italienische Grenze weiter südlich unpassierbar gemacht wurde. Bereits seit 2011 ist es Menschen, die sich in Migrationsbewegung befinden, quasi unmöglich geworden, in Zügen die Grenze zwischen dem italienischen Vintimille und dem französischen Nizza zu überqueren, Letztere wurde fast hermetisch abgedichtet. In den letzten zwei bis drei Jahren kam daraufhin vor allem ein Tal im Hinterland von Nizza – das Vallée de la Roya – ins Gespräch, wo sich viele Anwohner-innen solidarisch zeigten, jedoch auch zum Opfer von Strafverfolgungen wegen «Beihilfe zu illegaler Einreise» wurden. (Das prominenteste Beispiel dafür liefert der Landwirt Cédric Herrou, dessen Kampf inzwischen auch verfilmt wurde). Inzwischen ist das weiter nördlich, auf höherem Niveau über dem Meeresspiegel gelegene und – für Übergänge zu Fuss – erheblich gefährlichere Hinterland von Briançon zum neuen Durchgangsgebiet geworden.

«Geht nach Hause»

Dortselbst marschierten am Wochenende des 21./22. April über einhundert Aktivisten der europäischen «identitären Bewegung» auf, die Mehrzahl von ih-

nen aus Frankreich. Unter ihnen waren jedoch auch rechtsextreme «Kameraden» aus Italien, Deutschland, Österreich, Dänemark und aus dem Vereinigten Königreich. In blauen, uniformähnlich getragenen Overalls aufmarschierend, führten sie orangene Grenzzäune mit sich. Auf zunächst eher symbolische Weise riegelten sie die – in dieser Jahreszeit noch verschneite – Passhöhe unter dem Namen «Col de l'Echelle» in 1'700 Meter Höhe über dem Meeresspiegel ab, um anzuzeigen, hier dürfe niemand unerlaubt durchkommen. Sie entrollten Transparente, in denen sie Migrant-inne-en dazu aufforderten, «nach Hause zu gehen». Das Ganze wurde auch



Veronika Grmeiwieser, Ohne Titel, 1999

spektakulär mit zwei Helikoptern begleitet. Am Abend brannten die rechtsextremen Aktivisten Fackeln ab, aus denen blau-weiß-roter Rauch – in den Farben der französischen Nationalfahne – aufstieg. Am Sonntagabend war der Spuk wieder vorbei; die Gruppe hielt sich aber noch einige Tage in der Gegend auf, um ihr internationales Camp weiter zu führen.¹

Die Firma, welche die beiden Hubschrauber zur Verfügung gestellt hatte, droht inzwischen mit einer Strafanzeige: Ihr seien die wahren Absichten der rassistischen Aktivisten verschleiert worden – was die organisierende Jugendvereinigung der französischen «Identitären» (Letztere sind heute auf mehrere Organisationen aufgefächert), *Génération identitaire*, auch selbst bestätigt hat. Es handelt sich derzeit um den in der Öffentlichkeit am sichtbarsten auftretenden Teil der «identitären Bewegung» – ihr gehört ebenfalls ein Teil jener Schläger an, die am 22. März in Montpellier und am 12. April an der Pariser Porte de Clignancourt protestierende Studierende attackierten.

Um gegen die Aktion der Identitären am Alpenpass «Col de l'Echelle» zu demonstrieren, organisierten noch am selben Tag Ak-

tive der Solidaritätsbewegung mit den Migrant-inne-n einen Marsch an demselben Grenzübergang. Hier holte sich gegen Ende der Demonstration die Polizei willkürlich sechs Personen aus der Menge, von denen drei – eine Italienerin und zwei Schweizer – festgenommen wurden.

Wie reagiert die etablierte Politik?

Aus ihr erklingt, dass man die Sorgen und Nöte sehr ernst nehme – jene der rassistischen Aktivisten, nicht die der Geflüchteten. Brice Hortefeux, 2007-09 «Minister für Einwanderung und nationale Identität»² unter Präsident Nicolas Sarkozy und danach dessen Innenminister, äusserte sich etwa klar in dieser Richtung: Er erklärte,

1. Während des ganzen Monats Mai ist noch eine Gruppe von Identitären in Briançon präsent. Sie betreibt Propaganda gegen die Migrant-inn-en, bedroht Flüchtlingsaktivist-inn-en, kontrolliert Migrant-inn-en und übergibt sie den Grenzwachtern. Der Protest des Bürgermeisters von Briançon bei der Präfektur und beim Staatsanwalt gegen die Präsenz und das Verhalten der Identitären hat noch zu keiner Veränderung geführt. Im selben Monat wurden zwei Todesfälle von Migrant-inn-en dokumentiert. Eine afrikanische Gruppe wurde nachts von Grenzwachtern gejagt, eine Frau ertrank dabei in einem Fluss; ein paar Tage später wurde andernorts ein junger afrikanischer Migrant tot in einem Unterholz gefunden. Die Untersuchungen laufen noch. (Stand: 25.5.2018)

2. Ein gleichnamiges Ministerium existierte von Mai 2007 bis November 2010.

von der Methode her verurteile er zwar das Vorgehen der Aktivisten. Es sei jedoch wichtig, das inhaltliche «Signal» zu verstehen, das von ihnen ausgehe – also ihr Anliegen ernst zu nehmen. Als amtierender Innenminister unter Emmanuel Macron kritisierte der frühere Rechtssozialdemokrat Gérard Collob seinerseits die «Gestikulationen» der Rechtsextremen, um jedoch kurz darauf massive polizeiliche Verstärkung für den Hochalpen-Raum zum intensivierten Grenzschutz anzukündigen. Die Präfektur (juristische Vertretung des Zentralstaats im Département) betonte zunächst vor allem, die Aktion der Rechtsextremen sei ruhig und geordnet verlaufen. Im Unterschied übrigens zu jener von – überwiegend französischen und italienischen – «Linksradikalen», die am selben Wochenende einen «Grenzdurchbruch» übten.

Diese Anschauungsweise war wohl auch der Grund, warum drei der friedlich gegen die Rechtsextremen Demonstrierenden willkürlich festgenommen wurden und zuerst in Polizeigewahrsam in Gap und dann nach Marseille in Untersuchungshaft kamen. Das Gericht von Gap wirft ihnen «Hilfe zur illegalen Einwanderung» vor.

Starker internationaler Protest

Die drei jungen Menschen, eine Italienerin und zwei Schweizer, wurden also während 11 Tagen festgehalten, davon eine Woche lang wie Schwerverbrecher in Haft im Marseiller Gefängnis «Les Baumettes». Nur hat die Justiz ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht: Nicht nur in Frankreich, auch in der Schweiz und in Italien wurde heftig gegen diese völlig unproportionierten Massnahmen protestiert. Mehrere Aufrufe wurden verfasst, unter anderem vom italienischen Schriftsteller Erri de Luca, in dem er und die vielen hundert Unterzeichnenden sich mit den drei Verhafteten solidarisierten. Fast 800 Persönlichkeiten aus Italien, der Schweiz und Frankreich, darunter der Schweizer Soziologe Jean Ziegler oder auch der Genfer Bürgermeister Rémy Pagani, haben einen offenen Brief unterzeichnet, in dem sie sich mit den «Dreien von Briançon» solidarisierten. Am 26. April haben über 200 Leute für die Freilassung der Festgenommenen vor dem Gerichtsgebäude in Gap protestiert, darunter 10 aus Genf. Am 1., 2., und 3. Mai wurde in Genf vor dem französischen Konsulat, in Italien vor dem Bahnhof von Bardonecchia und in Gap und Marseille vor den jeweiligen Gefängnissen demonstriert.

So wurden nach 11 Tagen die drei

wieder auf freien Fuss gesetzt – jedoch nur provisorisch. Denn am 31. Mai findet ihr Prozess statt; es drohen ihnen bis zu 10 Jahren Haft und eine Geldstrafe von 750'000 Euro. Wenn Ihr diesen Artikel lest, ist das Urteil bereits gesprochen, aber falls die drei verurteilt wurden, wird die Empörung und die Solidarität mit den Dreien, die einfach menschlich gehandelt haben, noch wachsen. Die Menschen, die in europäische Länder migrieren, müssen hier oft in äusserst prekären Verhältnissen le-

ben, werden in vielen Fällen wie Verbrecher-innen verfolgt und dann ausgewiesen. Die einzige Möglichkeit, diese Verhältnisse zu ändern, sind offensichtlich Engagement und Zivilcourage der Bevölkerung. Der Staat – in diesem Fall der französische – findet Menschen, die sich mit Geflüchteten solidarisieren, offenbar gefährlicher als solche, die Hass predigen und immer wieder gewalttätig werden.

Bernard Schmid,
Constanze Warta

POLEN

Adieu, Rosa Luxemburg!

Die Rechtskonservativen in Warschau wollen alles ändern, sogar die Strassennamen. Ihr Ziel ist eine neue nationale Identität – und die soll schwarz-weiss sein.

Als rechte Schergen Rosa Luxemburg im Januar 1919 in Berlin brutal ermordeten, war der moderne polnische Staat gerade mal zwei Monate alt – nachdem er während 123 Jahren von Preussen, Österreich-Ungarn und Russland von der Karte getilgt war. Nun, 100 Jahre später, werden im öffentlichen Raum in Polen die letzten Spuren der 1871 im ostpolnischen Zamosc geborenen Politikerin und Revolutionärin Luxemburg getilgt. Ein entsprechendes Gesetz, das die polnischen Städte zwingt, Namen von Strassen und Plätzen zu ändern, die an das «repressive, autoritäre Regimesystem von 1944 bis 1989» erinnern, wurde bereits im vergangenen Jahr wirksam. Jetzt, wo es vollends sei-

ne Wirkung entfaltet, wurde in Zamosc auch die Erinnerungstafel am Geburtshaus der Vorkämpferin der Arbeiterbewegung abmontiert.

«Damit musste eine der hervorragendsten Denkerinnen des 20. Jahrhunderts für Verbrechen gerade stehen, die sie nie begangen hat. Mehr noch, zu denen sie nie aufgerufen hatte», schreibt dazu Piotr Sewruk in der liberalen Tageszeitung «Gazeta Wyborcza». Der Historiker Pawel Ukielski sieht das anders. «Als Mitbegründerin der kommunistischen Ideologie fällt auch sie unter das neue Gesetz, ausserdem hat Rosa Luxemburg keine Verdienste für Polen geleistet», so Ukielski, einstiger Vize-Chef des Instituts für Nationales Gedenken (IPN). Das IPN ist

eine Art Stasi-Unterlagenbehörde und Zentrum zur Geschichtsaufarbeitung in einem. Es spielt in der Geschichtspolitik der Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) eine zentrale Rolle – und es gibt viel zu tun.

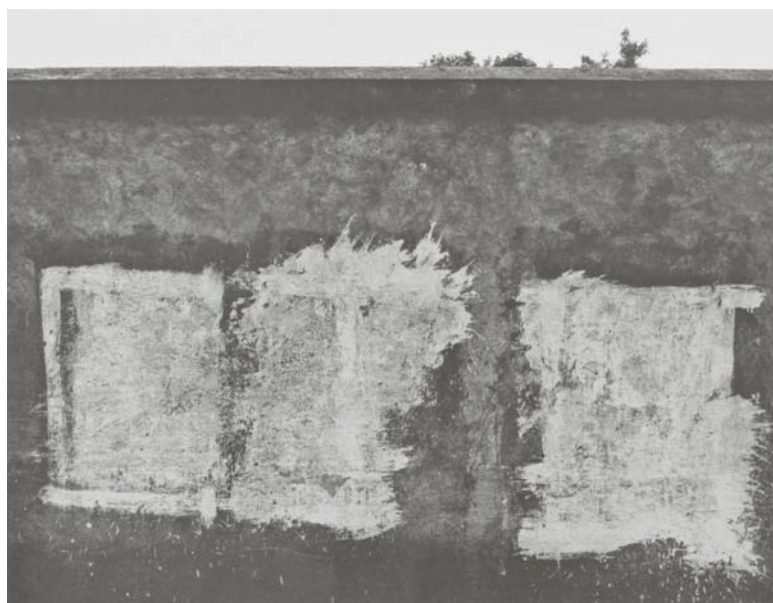
Die PiS hat bereits das geplante Weltkriegsmuseum in Danzig unter ihren Einfluss gebracht, das bisherige Konzept sei ihr zu international. Sie baut einen Kult um die «verfemten Soldaten» auf, versprengte Widerstandskämpfer, die ab 1944 im Untergrund gegen die neuen kommunistischen Macht-haber vorgingen. Und sie hat ein umstrittenes Gesetz auf den Weg gebracht, das Strafen für Menschen vorsieht, die «der polnischen Nation oder dem polnischen Staat Verantwortung oder Mitverantwortung für durch das Dritte Deutsche Reich verübte Nazi-Verbrechen zuschreiben». Damit überwarf sie sich mit Israel.

Die meisten Leute sind dagegen

Für die Umsetzung dieses «Holocaust-Gesetzes», das derzeit vom Verfassungsgericht geprüft wird, ist das IPN ebenso verantwortlich wie für die «Dekommunisierung» des öffentlichen Raums. Das Institut hat das gesamte Land kartiert – und rund 1'000 Strassen, Plätze, Brücken und Denkmäler identifiziert, deren Namen nun geändert werden. Namen von Karl Marx oder von Kommunist-innen, auch wenn sie im Zweiten Weltkrieg Juden retteten, verschwinden aus den Stadtbildern.

Das führt zu Streit in den Gemeinden. «Die meisten Leute in unserem Viertel meinen, und ich auch, dass man den Strassennamen nicht ändern sollte», berichtet Agnieszka Kacper, die in der nun ehemaligen Rosa-Luxemburg-Strasse der südpolnischen Stadt Gliwice lebt und Polnischlehrerin ist. «Vor allem jene meiner Nachbarn und Bekannten, die wissen, wer Rosa Luxemburg war – eine Sozialistin, die sich für sozial Schwächere und für Frauenrechte einsetzte – sind strikt dagegen.»

Längst nicht alle Menschen im Land sehen die «Dekommunisierung» so. Laut einer repräsentativen Umfrage vom Februar unterstützen 43 Prozent der Polinnen und Polen das Gesetz – 44 Prozent sind dagegen. Die von Kommunist-innen «gesäuberten» Plätze- und Strassennamen werden häufig mit Helden der Rechten ersetzt. Häufigster Neu-Name ist der des 2010 verunglückten Lech Kaczynski, in den Jahren 2005 bis 2010 Staats-



Aaron Siskind, Urapan Mexico II, 1955

präsident und Zwillingbruder des heute starken Mannes der PiS, Jaroslaw Kaczynski.

Was ihn antreibt, sagt er ganz unverhohlen. «Das Gute wird wieder vom Bösen getrennt», so der PiS-Strippenzieher vor einiger Zeit bei einer Kundgebung, als er seine Vision von der «Wiedergeburt einer weiss-roten Bewegung» zeichnete. Die sollte im 100. Jubiläumsjahr der Wiedererlangung der

Souveränität vollendet werden. Für die rote Rosa und ihresgleichen ist darin kein Platz.

Jan Opielka, Gliwice,
n-ost-Korrespondent*

* Das Korrespondenten-Netz n-ost besteht aus Journalisten und Journalistinnen in mehr als 20 Ländern Europas. Sie liefern Reportagen, Porträts und Hintergrundberichte. Abonnent:innen des Artikeldienstes erhalten täglich Texte per E-Mail. Es ist auch möglich, sich beim Onlinemagazin ostopol zu abonnieren.

MAI 68

Die 68er-Bewegung in den ehemaligen Kolonien

Viele verbinden mit der historischen Realität des Mai 1968 einen emanzipatorischen Impuls und eine antiautoritäre Revolte, die sich damals ebenso gegen die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft wie gegen die der poststalinistischen französischen KP richtete. Es war ein gesamtgesellschaftlicher Aufbruch, zu dem der mehrwöchige französische Generalstreik von annähernd zehn Millionen Lohnabhängigen zählte.

Und Mai 68 war vor allem auch: international. Von Westberlin bis Mexiko City, wo die Repression im dortigen Olympiajahr 1968 bis zu 800 Tote kostete, manche meinen auch: «von Prag bis Paris», reichte der Schwung des Protests. (Über die Einordnung des tschechoslowakischen «Prager Frühlings», den im August dann sowjetische Panzer niederwalzten, liesse sich an anderer Stelle trefflich debattieren.) Dies wird in allen gängigen Darstellungen auch erwähnt. Aber eine wichtige Leerstelle bleibt. Was war 1968 eigentlich in den früheren Kolonien jenes Frankreichs los, das damals zu «beben» schien? Und generell auf dem afrikanischen Kontinent, den man – damals noch stärker als heute – in postkolonialen Schnittmustern in ein «französischsprachiges», ein «englischsprachiges» und ein «portugiesischsprachiges Afrika» einteilte?

An dieser Stelle kapitulieren die meisten Berichte über 1968 restlos, auch wenn die Ereignisse von Westberlin, Rom und Paris ansonsten durchaus in ihrem internationalen Kontext behandelt werden. Ein Grund mehr, einmal näher hinzuschauen. In den folgenden Ausführungen werde ich mich dabei überwiegend auf die postkoloniale Einflusszone Frankreichs in Afrika beziehen. Über

das englischsprachige Afrika (Nigeria, Ghana, Kenia, Südafrika) liegen mir weitaus weniger Erkenntnisse über die Bedeutung des Jahres 1968 vor. Und das portugiesisch kolonisierte Afrika (Angola, Mosambik, Guinea Bissau, Kapverdische Inseln) war damals noch nicht vom Joch einer der brutalsten und archaischesten Kolonialmächte befreit, das dieses erst 1975 abschütteln würde.

Widerstand gegen den Algerienkrieg

Im zeitlich «aufsteigenden» Sinne, von der Vorgeschichte der Ereignisse bis zum Mai 1968 selbst, besteht ein manifester Zusammenhang zwischen den Revolten und antikolonialen Bewegungen in von Frankreich unterjochten Ländern einerseits – und der späteren Massenbewegung in der «Metropole» auf der anderen Seite. Ohne Bewegungen in den (mittlerweile Ex-) Kolonien und Aufstände dort hätte es «den Pariser Mai» jedenfalls in dieser Form nicht gegeben. Denn die Koalition jener Kräfte aus der radikalen Linken, ob nun politische Zirkel oder intellektuelle Netzwerke, die im Mai 1968 als Organisatorinnen und Sprecher auftraten, hatte sich insbesondere im Widerstand gegen den Algerienkrieg (1954-62) in Frankreich herausgebildet. Damals

hatten nichtstalinistische Kommunisten, Anarchistinnen und Liberäre, trotzkistische Vereinigungen und Linksintellektuelle sich aneinander angenähert und begonnen zusammenzuarbeiten. Die gegenüber dem französischen Imperialismus wachsweiße Haltung der französischen KP hatte sie dazu gezwungen. Also die einer Partei, die zwar immer wieder wortreich «Frieden in Algerien» forderte, doch den bewaffneten antikolonialen Aufstand faktisch verurteilte, noch 1956 Kriegskrediten der Regierung von Guy Mollet zustimmte (mit ihm war die Sozialdemokratie an die Regierung gekommen und es galt nun, mit ihr «gegen den Faschismus zusammenzustehen»... wobei der damals oppositionelle General de Gaulle angeblich Faschist war) und die von radikalen Linken vorangetriebene Desertionskampagne gegen die französische Armee nicht mitrug. Aus der Studierendenorganisation der französischen KP – der UEC – und ihrer Jugendorganisation heraus radikalisierten sich Minderheiten, welche in diesem Kampf mit Libertären sowie unabhängigen Linkssozialisten an einem Strang zogen. Ein Teil der innerparteilichen «Dissidenten» der französischen KP wandte sich später dem Trotzkismus zu; ein anderer dem alsbald weniger nach links tendierenden, sondern «realpolitische Kompromisse» suchenden «Eurokommunismus». Es war dieses Kräftefeld, das den – im Nachhinein betrachtet doch ziemlich starken – Widerstand gegen den Algerienkrieg und die damit verbundene innere Repression in der «Metropole» überhaupt möglich machte. Es war dieselbe Kräftekonstellation, die die Wortführer und Vordenker des Mai 1968 hervorbrachte.

Zusammenhänge

Aber stimmt es auch umgekehrt, also gewissermassen im «absteigenden» zeitlichen Sinne (also vom Mai 1968 aus nach hinten rückend), dass es einen Zusammenhang zwischen den Bewegungen in Frankreich und den ehemals von ihm kolonisierten Ländern gegeben hat? Die Antwort lautet: ja, unbedingt. Nur ist sie in breiten Kreisen völlig unbekannt; und dies nicht allein in Frankreich.

Zunächst einmal entstand eine ähnlich strukturierte Protestbewegung – also eine Kombination aus Studierendenbewegung und Streik von Lohnabhängigen – nicht nur im unmittelbaren Nachklang an die französischen Ereignisse, sondern zeitgleich mit ihnen in einem der Schlüsselländer des

französischsprachigen Afrika: im Senegal. Am 13. Mai 1968 hatte in Paris die erste Massendemonstration «zur Unterstützung der von Repression betroffenen Studenten» (auf den Tag genau am zehnten Jahrestag der Machtübernahme durch Charles de Gaulle) stattgefunden. In Dakar gab es die erste Demonstration «zur Unterstützung der Studenten», die ebenfalls rebellierte hatten und ebenfalls mit Repression überzogen wurden, am 28. Mai 1968. An ihr sollen zwanzig- bis dreissigtausend Menschen teilgenommen haben. Zu dem Zeitpunkt waren die Auseinandersetzungen auch in Paris noch keineswegs zu Ende, sie dauerten vielmehr bis Mitte Juni 1968 an. Ähnlich im Senegal, wo die Bewegung am 12. Juni auf ihr Ende zuging. Begünstigt worden war ihre Entstehung auch durch eine ökonomische Krise. 1968/69 durchquerte das Land eine Dürreperiode, deren Auswirkungen jedoch dadurch verschärft wurden, dass Frankreich zuvor den garantierten Abnahmepreis für Erdnüsse – in der Kolonialzeit war die ökonomische Struktur im Senegal auf ihren Export hin ausgerichtet worden – aufgekündigt hatte. Dadurch konnte die Protestbewegung schnell breitere Kreise erfassen.

Stärkere Repression

Die Mittel seitens der Staatsmacht, um ihr Herr zu werden, waren freilich andere als in Frankreich. Die Repression im Senegal fiel ungleich härter aus: Dort wurde der Ausnahmezustand verhängt, 3'500 Menschen wurden verhaftet, alle ausländische Stu-

Archipel

Monatszeitung des
Europäischen
BürgerInnenforums

Juni 2018 - Nr. 271

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
forumcivique.org

Europäisches BürgerInnenforum
Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch(a)forumcivique.org

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at(a)forumcivique.org

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de(a)forumcivique.org

Frankreich:

St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr(a)forumcivique.org

Ukraine:

vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua(a)forumcivique.org

dierenden (viele von ihnen stammten aus anderen afrikanischen Ländern) wurden ausgewiesen. Dennoch gab es aber auch hier handfeste Zugeständnisse, so wurde der gesetzliche Mindestlohn um einen Schlag um 15 Prozent erhöht – gut, in Frankreich waren es infolge der «Vereinbarungen von Grenelle» gar 35 Prozent. Auf dem Höhepunkt der Krise flüchtete Präsident Léopold Sédar Senghor sich in eine französische Militärbasis und liess sich von der Botschaft der früheren Kolonialmacht Garantien geben, man werde ihn im Bedarfsfall nach Frankreich ausfliegen. De Gaulle seinerseits hatte sich auf dem Höhepunkt der Krise in Paris zur in Baden-Baden stationierten französischen Armee zurückgezogen.

Senghor behauptete auch, die Ereignisse seien «direkt aus Peking gesteuert», da das maoistische China damals eine Charmeoffensive in den unabhängig gewordenen Ländern der so genannten Dritten Welt gestartet hatte. Der ebenfalls als Dichter bekannt gewordene Präsident spielte aber auch die kulturalistische Note: Senghor klagte die Protestierenden an, sie wollten «faire tout comme Toubabs». Das bedeutete den in bewusst verkitschtem und künstlich schlechtem Französisch gehaltenen Vorwurf, die Weissen in allem nachahmen zu wollen (*Toubab* bedeutet in ganz Westafrika «weiss»). Das war Unsinn, denn massive Studierendenproteste hatte es bereits 1963 in Kongo-Brazzaville und 1964 in Madagaskar gegeben und damit in allen afrikanischen Staaten, die eine relativ starke Studierendenschaft aufwies und zugleich politische Systeme, deren Autoritarismus nicht eine Grenze überstieg, die gar keinen Protest mehr zulies.

Léopold Sédar Senghor hatte im Senegal nach der Unabhängigkeit 1960 ein autoritäres Regime errichtet und die linke antikoniale Partei PAI (*Parti africain pour l'indépendance*) verboten. Er nutzte sein Prestige als Schriftsteller und Akademiker, wobei er einerseits stets stolz seinen Abschluss an der Pariser Sorbonne anführte – andererseits aber für das einheimische Publikum das stark folklorisierende und kulturalisierende Konzept der *négritude* schuf. Dieses Konzept behauptete, Afrikanerinnen seien stärker mit Intuition und Gefühl und weniger mit Intellekt begabt als etwa Europäerinnen. In Wirklichkeit



Marisol, *Der Besuch*, 1964

nutzte Senghor diesen kulturell-politischen Diskurs, um eine europäisch gebildete (einheimische) Elite mit Privilegien auszustatten. Lange Jahre führte er einen regelrechten Polizeistaat an. In den siebziger Jahren und vor allem gegen Ende seiner bis 1980 währenden Regentschaft proklamierte er allerdings die «demokratische Öffnung». Und dazu hatten der senegalesische Mai 1968 und seine Auswirkungen, die die Opposition ermutigten und in den folgenden Jahren zum Aktivismus beflügelten, erheblich beigetragen. Am 5. Februar 1971 wurde sogar der Konvoi des französischen Präsidenten Georges Pompidou in Dakar mit Molotowcocktails attackiert.

Auswirkungen in Frankreich

Gab es auch Rückbindungen an das, was in Frankreich passierte? Ja, allerdings. Im Juni und Juli 1969 reisten die jungen radikalen Linken Madeleine Beauséjour und Richard Copans in den Senegal und drehten dort einen politischen Dokumentarfilm. Nach ihrer Rückkehr wurde vor allem Madeleine Beauséjour in Richtung der in Frankreich lebenden afrikanischen Wohnbevölkerung und zusammen mit ihr aktiv. Im Juli 1969 begann in Saint-Denis der erste Mietstreik in einem Wohnheim für westafrikanische Arbeitsmigranten – das Beispiel sollte Schule machen, denn in den 1970er Jahren fand ein zweijähriger ununterbrochener Mietstreik in zahlreichen Migrant-inn-en-Wohnheimen gegen die dortigen Lebensbedingungen statt.

Madeleine Beauséjour, ihr Kadername in der radikalen Linken lautete Justine, stammte selbst von der Insel La Réunion, einem französischen «Überseebezirk», und begriff sich vor diesem Hin-

tergrund selbst als Kolonisierte. Zusammen mit ihrem Lebensgefährten Gilles de Staal, mit Aktivistennamen «Harpo», begann sie eine langjährige organisatorische Aufbauarbeit, die sie an die Seite des Wohnheim-Aktivisten Mamadou Konté führte. In den siebziger Jahren bauten sie ein Netzwerk unter dem Namen «Révolution Afrique» auf, das von 1971/72 bis 1982 existierte. In den frühen siebziger Jahre streckte es seine Fühler – neben der Arbeit in der westafrikanischen Emigrationsbevölkerung in Frankreich – auch in mehrere der afrikanischen Staaten selbst aus, in denen Protestbewegungen existierten.

Das Netzwerk «Revolution Afrique»

Eines der Tätigkeitsfelder war dabei 1972/73 neben dem noch durch Portugal beherrschten Guinea-Bissau und dem Senegal auch die Republik Kongo (Congo-Brazzaville). Dort bestanden damals starke soziale Bewegungen, sei es studentischen, sei es gewerkschaftlichen Charakters. Das ganze Land befand sich anfänglich in Aufbruchsstimmung. Doch seit 1968 regiert auch ein sich als «marxistisch-leninistisch» bezeichnendes Kabinett unter Marien N’Gouabi das Land, das ausserpolitisch durch die UdSSR, aber auch China, Vietnam und Kuba unterstützt wurde. Innenpolitisch stützte es sich jedoch stark auf die Armee und kanalisierte die sozialen Bewegungen viel eher, als dass es sie unterstützte hätte. Ab 1972 verstärkte sich die unmittelbare politische Rolle der Armee. Die Gruppe, auf die sich das Netzwerk *Révolution Afrique* in der Republik Kongo stützte – das M22 (oder *Mouvement du 22 février*) – wurde brutal zerschlagen. Ihre Mitglieder wurden vor Ge-

richt gestellt und die zuvor von ihnen unterhaltenen politischen Korrespondenzen mit französischen Linken wurden dort als «Beweise» für ein internationales Komplott herangezogen. Die Verbindung brach ab.

Im Senegal intensivierte sich die Arbeit des Netzwerks *Révolution Afrique* hingegen. Daraufhin siedelte sich eine Gruppe aus dem französisch-afrikanischen Netzwerk ab 1978 sogar in der senegalesischen Stadt Thiais an. Ihre Versuche, vor Ort in sozialen und politischen Prozessen Einfluss zu nehmen, scheiterte jedoch. Die Revolutionäre legten eine zu starke Konspirationstendenz an den Tag, die in den damals begonnenen Zeiten der «demokratischen Öffnung» nach aussen bizarr wirkte. Und da die bis circa 1978 starke radikale Linke in Frankreich, die vom Mai 1968 her kam, selbst dramatische Einbrüche erlebte, blieb die internationale Unterstützung und Anbindung weg.

Der Versuch einer revolutionären Netzwerkbildung über Ländergrenzen und Kontinente hinweg, mit den 68er Ideen im Rücken, scheiterte jedenfalls in dieser Form. Mamadou Konté, einer der Köpfe von *Révolution Afrique*, wurde in den achtziger Jahren mit seinem Konzept *Africa Fête* zu einem bekannten Konzert- und Kulturveranstalter. Er starb im Jahr 2007. Der prominente Sänger François Béranger widmete ihm ein Lied: «*Mamadou m’a dit*» und sein langjähriger Mitstreiter Gilles de Staal ein Buch unter demselben Titel (Paris, éditions Syllepse, 2012).

Das oben geschilderte Netzwerk gehört der Vergangenheit an und die Spuren, die vom französischen Mai 1968 über die Kämpfe in Migrant-inn-en-Wohnheimen auf den afrikanischen Kontinent und zurück führten, sind verwischt. Jedenfalls in dem Sinne, dass sie einem breiten Publikum unbekannt sein dürften. Soziale Bewegungen, Proteste und Revolten in Afrika sind keineswegs tot: 2014 stürzte eine Massenbewegung den seit 27 Jahren regierenden Autokraten Blaise Compaoré in Burkina Faso, von August bis November 2017 formierte sich erneut (nach den Protesten von 2005 und 2010) eine Massenbewegung gegen die Diktatur im westafrikanischen Togo. Ihre Akteurinnen und Akteure denken dabei nicht an das Jahr 1968. Doch es handelt sich nur um neue Kapitel in derselben, langen Geschichte der Kämpfe.

Bernard Schmid, Paris

Kritik des Nationalismus

Seit seiner Gründung beschäftigt sich das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) mit Rassismuskritik. Insbesondere in der polarisierten gesellschaftlichen Auseinandersetzung im Themenfeld Flucht und Asyl ist zunehmend deutlich geworden, dass immer mehr formale Ausschlüsse nicht mit der Herkunft, sondern mit der Staatsbürgerschaft begründet werden oder zusammenhängen.

Spätestens wenn eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit auch bei Grund- und Menschenrechten als zulässiger Ausschlussgrund angesehen wird, rückt das Thema Nation auf der Agenda nach oben und muss neben Rassismus auch Nationalismus thematisiert und kritisiert werden. Daher hat IDA einen Reader zum Thema «Nationalismuskritik» herausgegeben.¹

Geht es um Nation und Nationalismus, scheinen alle selbstverständlich zu wissen, was gemeint ist. Dennoch gibt es, nicht nur in den Wissenschaften, sondern auch im Alltag eine verwirrende Begriffs- und Verständnisvielfalt. Erschwerend hinzu kommt noch, dass Nationalismus selten wertfrei genutzt wird. Dennoch sind wir stets umgeben von nationalen Strukturen: von Pässen bis zu Strassenschildern, Schulen und Sozialleistungen. Jeder Mensch wird per Geburt einer Nation zugeordnet. Die Bedeutung dieser Zuordnung wird beispielsweise deutlich, wenn Menschen staatenlos sind oder werden.

Der neue IDA-Reader «Made in Germany. Zur Kritik des Nationalismus» wendet sich besonders an Multiplikator:innen der Jugend(ver-

bands)arbeit, der (ausser)schulischen Jugend- und Erwachsenenbildung und der Wissenschaft. Die Artikel erläutern theoretische Zusammenhänge (Begriffe, Abgrenzungen, Definitionen, Formen) und ordnen sie aus rassismuskritischer Perspektive ein. Sie leiten die historische Genese von Nationalismus her, beschreiben seine gegenwärtigen gesellschaftlichen Erscheinungsformen und transferieren diese theoretischen und analytischen Erkenntnisse in die pädagogische Praxis. Die Leser:innen erhalten Anregungen zum Umgang mit Nationalismus in der (ausser)schulischen Bildungsarbeit sowie zur methodisch-praktischen Umsetzung. Schliesslich stösst der Reader auch die Selbstreflexion der Leser:innen an, inwiefern sie Nationalismus als Normalität reproduzieren oder selbst davon profitieren.

Ansgar Drücker, Sebastian Seng (Hg.) im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e.V.: *Made in Germany. Zur Kritik des Nationalismus*, Düsseldorf 2017.

1. Die 100-seitige Publikation kann bei IDA gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der gewichtsabhängigen Portokosten unter www.idaev.de/publikationen/reader bestellt werden und steht dort auch zum Download bereit.

auf der Finca einen Biogarten mit vielen Heilpflanzen, von Curcuma bis zur Inka-Erdnuss. Auch auf internationaler Ebene kann Guadalupe auf eine lange Karriere zurückblicken. 1988 trat sie zusammen mit Bruce Springsteen, Sting, Tracy Chapman, Peter Gabriel und Youssov N'Dour im Stadion von San José an einem Konzert von Amnesty International auf. Sie sang auch im Stadion Demba Diop im Senegal, in Mali, Vancouver, New York, Paris und erhielt 1994 den Gaviota-Preis von Spanien.

Guadalupe ist heute auf der Finca Sonador an dem Projekt «Escuela de La Tierra» voll beteiligt. Sie leitet die kulturellen Programme, gibt Gesangs- und Musikunterricht an Kinder und Jugendliche, organisiert die alljährlichen Festivals «Madremonte», arbeitet mit einer Frauengruppe zu Themen wie gesunde Ernährung, Lebensmittelsouveränität usw. und praktiziert regen Austausch mit indigenen Dorfgemeinschaften.

Garten der Erinnerung

Der Vollmond ruft uns und webt die feinen Lianen aus Silber im Dschungel zusammen wie die Wege der Geschichte, die ich kenne, Erinnerungen aus uralten Zeiten von Leid und Lust. (...)

Oh, Mond, Zauberer in deiner weisen Silhouette, der du die Sonne umarmst und alle deine geliebten Menschen, ich gehe zurück zu alten Erinnerungen, um die Zauberkunst zu lernen, die mich führt, entblösst auf Erden zu gehen. (...)

Dies sind Verse aus dem Lied «Lunita Maga». Dieses Lied knüpft an eines ihrer jüngsten Projekte an: «El Jardín de la Memoria», der Garten der Erinnerung. Da geht es um die traditionellen Felsgravuren (Petroglyphen), die auf der Finca Sonador reichlich anzutreffen sind und von den Archäologen auf ein Alter von mehr als 2'000 Jahren datiert wurden. Der «Garten der Erinnerung» soll diese Zeugen aus der vorkolumbianischen Zeit einem interessierten Publikum zugänglich machen.

Dazu soll ein Lehrpfad mit gemalten Nachbildungen errichtet werden. Ein Begleittext soll den Besucher:innen dazu Erklärungen und Interpretationen liefern. Der Lehrpfad endet an einem Punkt des Sonador-Flusses – genau dort, wo am anderen Ufer das Imperium der Umweltzerstörung mit seinen Ananas-Monokulturen des Del-Monte-Konzerns beginnt. Student:innen der York Universität aus Kanada, die seit mehreren Jahren für Studienaufenthalte auf die Finca kommen, arbeiten zusammen mit Costaricaner:innen an diesem Projekt.

Kunst schafft Veränderung

Guadalupe erläutert dieses Programm: «Wir nutzen Kunst als das beste Werkzeug für soziale, emotionale und spirituelle Veränderungen. Musik, Poesie, Theater und die Verbindung zu unserer Mutter Erde ist die wichtigste Achse des Lernens für die Kinder und Jugendlichen auf der Finca Sonador. Mehrheitlich sind es Kinder von Flüchtlingsfamilien. Seit Jahren arbeite ich mit ihnen und kenne die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben. Wir müssen mit ihnen Dynamiken in Gang bringen, die ihnen Konzentration und Ausdauer im informellen, kollektiven Lernprozess ermöglichen. Es ist notwendig, dass sie die von Gewalt und Krieg geprägte Vergangenheit und ihre neue Realität im Territorium des Exils begreifen. Sonst erben diese Generationen die Angst. Und die Angst ist eine schlechte Grundlage für eine freie, kreative Entwicklung. (...) Mein Herz schlägt für den Frieden, für die Solidarität, für die Rechte der Frauen auf ein Stück Land, Gesundheit, Bildung für sie und ihre Kinder. Zusammen mit den Männern, die die Erde bearbeiten, bauen wir eine gerechtere Welt auf, Frauen, die während Millionen von Jahren das Leben erhalten haben, inmitten von Kriegen und Zusammenbrüchen der Bankgesellschaften und ihrer Strohleute. Ich habe hier kein Fernsehen und kaum Internet. Aber hier am anderen Ende der Welt, im Süden sind wir fest entschlossen, das Recht auf Land und Wasser zusammen mit den Indigenas, die hier leben, zu verteidigen. Was wir wollen, ist nicht aus der Luft gegriffen. Liebe, Solidarität und Gefühl geben uns Kraft, um am ‚Buen Vivir‘ fest zu halten.»

Roland Spendlingwimmer,
Longo maí, Costa Rica

1. Ein zentrales Prinzip in der Weltanschauung der indigenen Völker des Andenraumes: dt. gut leben, gutes Leben, gemeint ist ein gutes Zusammenleben in Vielfalt und in Harmonie mit der Natur.
Mehr Information: Guadalupe Urbina auf Facebook und Youtube. Webseiten: www.escueladelatierra.org, www.sonador.info

COSTA RICA

Escuela de la Tierra – Schule der Erde

Auf der Finca Sonador, einem sozialen und ökologischen Projekt der Kooperative Longo maí in Costa Rica, wo mehrere hundert Menschen verschiedener Herkunft zusammen leben, hat die «Escuela de la Tierra» eine beachtliche Dynamik entfaltet. Teil 2.

Seit sechs Jahren lebt Guadalupe in unserem Dorf. Guadalupe ist eine der bekanntesten Sängerinnen von Costa Rica. Sehr vielfältig in ihren künstlerischen Tätig-

keiten, Malerin, Autorin von Gedichten, Liedertexten und Forschungsarbeiten über das traditionelle Volkslied und die indigene Kultur. Und Guadalupe betreibt

Die Zivilgesellschaft gegen Monsanto

Archipel hat schon mehrmals über das Internationale Monsanto Tribunal berichtet. Der hier vorliegende Text¹ eines Autors, der federführend an der Verwirklichung des Verfahrens beteiligt war, zeichnet den Weg des Tribunals nochmals nach, setzt aber auch neue Akzente und stellt aktuelle Bezüge her. Teil 1.

Vom 16. bis 18. Oktober 2016 fand in Den Haag in den Niederlanden ein einmaliger Anlass statt. Auf Initiative einer breiten Gruppe aus der Zivilgesellschaft wurde ein internationales Tribunal durchgeführt, das die Machenschaften von Monsanto untersuchte, die im Widerspruch zu den Forderungen der internationalen Menschenrechte stehen. Dieses Tribunal verfolgte in erster Linie ein pädagogisches Ziel: das Potential internationaler Menschenrechte und des Strafrechtes aufzuzeigen, und wie sie die Auswirkungen der Praktiken von multinationalen Unternehmen wie Monsanto erfassen. Die Anhörungen in Den Haag boten den Geschädigten eine einzigartige Plattform, ihre Anliegen vorzutragen und ihre Leidensgeschichten zu erzählen, während sie sonst oft zum Schweigen gebracht werden oder ihnen der Zugang zu einer breiten Öffentlichkeit verwehrt wird. Das Tribunal hob die immer grösser werdenden Erwartungen an die Leitprinzipien für Unternehmen hervor, die vom UNO-Menschenrechtsrat 2011 angenommen wurden. Zudem diente es auch dazu, die wachsende Anerkennung von Ökozid als Straftat im internationalen Strafrecht zu fördern. Das richterliche Gutachten wurde am 18. April 2017 verkündet. Dieses soll Anwalt-inn-en von Opfern in den einzelnen Ländern als Grundlage dienen, um Klage bei den jeweilig zuständigen Gerichten einzureichen oder vor regionalen oder internationalen Menschenrechtsgerichten vorstellig zu werden. Wie kann das Monsanto Tribunal rückblickend beurteilt werden?

Tribunale im Wandel der Zeit

Seit dem ersten «Völkertribunal», das im November 1966 auf Initiative von Bertrand Russell und Jean-Paul Sartre entstand und das den Krieg der USA in Vietnam zum Thema hatte, sind viele weitere

ähnliche Tribunale durchgeführt worden, an denen Urteile über Menschenrechtverletzungen durch Staaten oder andere Akteure gefällt wurden. In der Tat wurde mit der Schaffung des «Permanent Peoples' Tribunal» versucht, eine ständige Kontrollinstanz der Zivilgesellschaft mit Unterstützung von berühmten Jurist-inn-en ins Leben zu rufen. Das Internationale Monsanto Tribunal ist aber einzigartig, sowohl in Bezug auf seine Zusammensetzung – es bestand aus internationalen Richter-innen und Rechtsexpert-inn-en und nicht aus Aktivist-inn-en der Zivilgesellschaft – als auch in Bezug auf sein Mandat: Die Beurteilung der Machenschaften von Monsanto basierend auf den Pflichten, welche das internationale Recht den Unternehmen auferlegt. Dadurch gründen seine Schlussfolgerungen auf einer robusten rechtlichen Argumentation. Initiativen wie die Völkertribunale und das Internationale Monsanto Tribunal versuchen nicht, die Autorität von innerstaatlichen oder internationalen Gerichten zu untergraben, die bindende Urteile erlassen können, welche umgesetzt werden müssen. Hingegen weisen diese Tribunale auf mögliche Schwierigkeiten der

Geschädigten hin, sich auf jene Gerichtsbarkeiten berufen zu können und zeigen auf, dass alternative Foren nötig sind.

Wichtige Signale

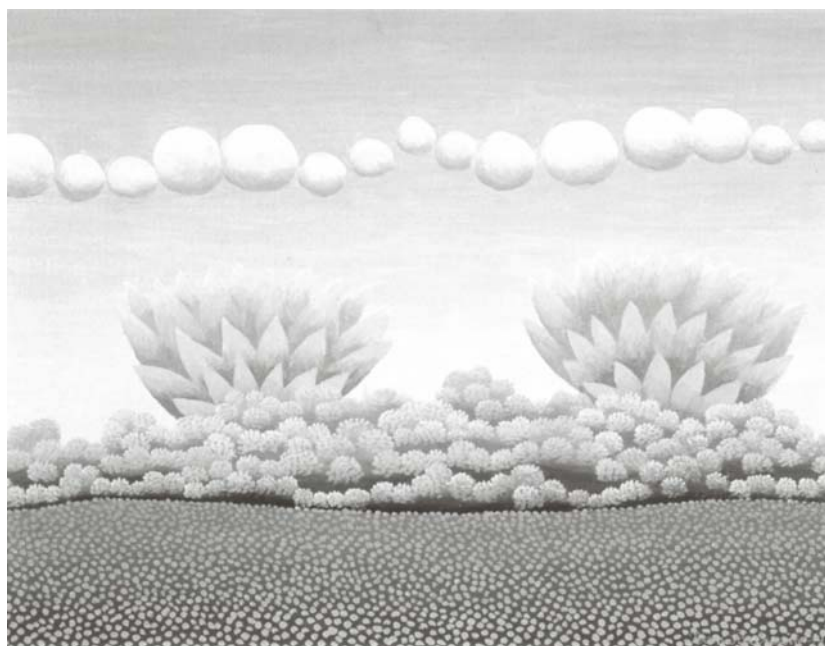
Der Zugang zum gerichtlichen Verfahren birgt viele Hindernisse für die Opfer. Dazu gehören: Verfahrens- oder die Anwaltskosten; Schwierigkeiten beim Sammeln von Beweisen; die Unmöglichkeit in vielen Rechtssystemen, Sammelklagen einzureichen, die den zahlreichen Betroffenen ermöglichen würden, gemeinsam Klage zu erheben; gesetzliche Verjährungsfristen sowie diverse Immunitätsrechte. In internationalen Verfahren werden diese Barrieren zusätzlich erhöht durch das weitgehende Fehlen von zwischenstaatlicher Zusammenarbeit, beispielsweise bei der Beweiserhebung, dem Informationsaustausch, der Einfrierung oder Beschlagnahmung von Vermögenswerten und in der Anerkennung und im Vollzug ausländischer Urteile. Zusätzliche Schwierigkeiten ergeben sich aus der Organisation multinationaler Konzerne: In diesen Konstrukten besitzt die Muttergesellschaft oft eine Vielzahl von Tochtergesellschaften, die anderen Rechtsordnungen unterstehen. Oder sie führt globale Versorgungsketten, indem sie ihre Waren und Dienstleistungen von auswärtigen Anbietern einkauft und/oder an Kunden im Ausland verkauft. Vor diesem Hintergrund sendet das Internationale Monsanto Tribunal ein wichtiges Signal aus: Diese Hürden sollten nicht unüberwindbar sein, sie dürfen die Urteilvollstreckung durch die langwierige Feststellung der Zuständigkeit nicht verhindern und sie dürfen nicht das Recht der Opfer, angehört zu werden, verunmöglichen.

Das Monsanto Tribunal ist natürlich kein Ersatz für «wirkliche» Gerichte, zu denen die Betroffenen keinen Zugang haben oder die in Anwendung einer Rechtsdoktrin arbeiten, die es schwierig oder gar unmöglich macht, effektive Rechtsmittel zu ergreifen – es kann jedoch eine Art symbolische Wiedergutmachung leisten, indem es Opfern eine Stimme gibt, und es Staatsträgern ermöglicht, auf die existierende rechtliche Verantwortung hinzuweisen.

Internationales Recht als Massstab

Das Internationale Monsanto Tribunal ist kein Gericht, vor dem zivilrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden oder vor dem Monsanto strafrechtlich verurteilt werden könnte. Um schwierige Fragen in Bezug auf die Verfahrensvorschriften in der Zivil- oder Strafprozessordnung zu umgehen, haben die Organisator-inn-en des Tribunals ein rein konsultatives Vorgehen gewählt: Dem Gericht wurde eine Reihe von Fragen über die Auswirkungen der Aktivitäten von Monsanto auf die Menschenrechte unterbreitet und um Klärung ersucht, ob der Konzern internationales Strafrecht verletzt. Das verkündete «Urteil» erfolgte in der Form eines Rechtsgutachtens zu den aufgeworfenen Fragen. In diesem Gutachten wird theoretisch Bezug auf diese Fragen genommen, das heisst das Ausmass des Schadens für die Opfer (und die Höhe eines allfälligen Schadenersatzes durch Monsanto) wurde nicht beurteilt. Auch fiel keine Entscheidung, ob Monsanto «schuldig» sei, d.h. ob die Beweislast ausreichen würde, um Monsanto strafrechtlich verantwortlich zu erklären. Das läge im Kompetenzbereich von «richtigen» Gerichtshöfen auf nationaler oder internationaler Ebene, die Einzelpersonen oder Unternehmen für mutmasslich kriminelle Aktivitäten belangen oder an denen Geschädigte Zivilklagen erheben können. Das Internationale Monsanto Tribunal war vielmehr damit beauftragt, die Aktivitäten von Monsanto im Hinblick auf internationale Menschenrechtsnormen und internationales Strafrecht zu bewerten.

Es beurteilte anders als Zivil- oder Strafgerichte keine konkreten Fälle. Dennoch erweist sich das am 18. April 2017 publizierte Rechtsgutachten als sehr hilfreich in der Beurteilung, ob die Handlungsweise von Monsanto möglicherweise das Recht auf



Ivan Rabuzin, Landschaft, 1995

1. Vorwort für die englisch- und spanischsprachige Monsanto Tribunal Broschüre des EBF, welche von demselben und der Stiftung «Monsanto Tribunal» zusammen als Online PDF herausgegeben und gratis im Internet stehen wird.

eine gesunde Umwelt (in zunehmendem Masse als Teil der internationalen Menschenrechtsnormen anerkannt), das Recht auf Nahrung (als Folge der Abhängigkeit von Bauern und Bäuerinnen von durch Monsanto produziertem Saatgut), das Recht auf Gesundheit (infolge der Auswirkungen von Pestiziden auf landwirtschaftliche Produzent:innen, Landarbeiter:innen und Gemeinden) und auf die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung (da in der Vergangenheit Forschende mit verschiedenen Mitteln zum Schweigen gebracht wurden, insbesondere über die Auswirkungen von genveränderten Organismen (GVO)). Das Tribunal untersuchte weiter, ob die Lieferungen des Herbizids «Agent Orange» an die Armee der USA während des Vietnamkrieges als mögliche Beihilfe zu Kriegsverbrechen beurteilt werden können und ob das Verhalten von Monsanto als Ökozid qualifiziert werden könnte, sollte dieser Strafbestand eines Tages im internationalen Strafrecht verankert werden. All diese Fragen wurden vom Tribunal im Rechtsgutachten behandelt. Die Antworten der Richter:innen helfen mit, das Verständnis der internationalen Menschenrechtsnormen voranzubringen. Sie werden auf jeden Fall die Einreichung von Klagen durch die Opfer ermutigen und den Druck auf Staaten erhöhen, gegen solche Missbräuche vorzugehen.

Welches Ernährungssystem hat Zukunft?

Das Tribunal – wie auch die parallel dazu in Den Haag organisierte «People's Assembly» – haben wichtige Fragen über die Zukunft unseres Ernährungssystems aufgeworfen. Nach gängiger Fehleinschätzung kann nur eine grossflächige, hochindustrialisierte Landwirtschaft die Welt ernähren. Tatsächlich hat die Industrielandwirtschaft zu einer Produktionssteigerung für einige Hauptanbaukulturen geführt. Zwischen 1961 und 2001 hat sich die regionale Pro-Kopf-Produktion von Nahrungsmitteln in Südostasien, in den ozeanischen Ländern, in Lateinamerika und in der Karibik verdoppelt – vor allem wegen Hohertragsorten, die in hochspezialisierten, industriellen Monokulturen angebaut und denen mit grossen Mengen an synthetischen Düngemitteln und Pestiziden nachgeholfen wird. Allerdings ist die Ineffizienz der industriellen Nahrungsmittelherstellung für unsere Generation heute ebenso offensichtlich wie zuvor die scheinbaren Errungenschaften der «Grünen Revolution» für vorhergehende Generationen.

Eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist sinnlos, wenn gleichzeitig Armut und Ungleichheit auf dem Land aufgrund von einer bestimmten Agrarentwicklung zunehmen – eine Entwicklung, die Kleinbauern vom Markt verdrängt und sie im globalen Süden dazu zwingt, in die Slumviertel am Rande der Grossstädte zu ziehen. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die Armut bekämpft – was am besten durch die Unterstützung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft geschieht, von der die überwiegende Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung in vielen Ländern mit geringem Einkommen auch heute noch immer abhängig ist. Wir können die Tatsache nicht weiterhin ignorieren, dass in den letzten 60 Jahren trotz einer Agrarproduktion, die das Bevölkerungswachstum übersteigt, immer noch 815 Millionen Menschen unterernährt und weitere 2 Milliarden fehlernährt sind (d.h. eine ungenügend diverse und nicht ausreichend mit den lebenswichtigen Mikronährstoffen angereicherte Ernährung bekommen). Noch wichtiger ist es, dass wir uns die Frage stellen, was für ein Produktivitätswachstum erstrebenswert ist.

Hin zu landwirtschaftlicher Vielfalt

Grossflächige und hoch industrialisierte Monokulturen sind nur in einem Sinn «produktiv»: Sie produzieren grosse Mengen einzelner Rohstoffe für den Bedarf des globalen Marktes, wobei gleichzeitig Arbeitskräfte eingespart werden. Anders ausgedrückt: der *Output* pro Arbeitskraft ist relativ hoch, wodurch in diesem Modell die Produzent:innen auf grossen Märkten konkurrenzfähig sind. Aber diese Monokulturen sind mit hohen externen Kosten (für die Umwelt, die Gesundheit und für die Entwicklung des ländlichen Raums) verbunden, die nicht im Preis für die Nahrungsmittel mit einberechnet sind. Tatsächlich sind Monokulturen pro Flächeneinheit weniger produktiv als diversifizierte Anbausysteme, die verschiedene Pflanzen oder Erzeugnisse kombinieren, oder in denen verschiedene Feldkulturen mit Bäumen oder Tieren zusammengebracht werden. Viele Studien haben eine umgekehrte Relation zwischen der Grösse eines Betriebes und der Gesamtproduktion pro Hektar nachgewiesen. Grossflächige Monokulturen sind zwar gut, wenn es darum geht, Kosteneinsparungen zu erzielen und grosse Mengen eines bestimmten Rohstoffes zu produzieren – wenn es aber um die Nutzung von knapper werdenden Ressourcen (Land und

Wasser) geht, ist eine kleinräumige und vielfältige Landwirtschaft weitaus effizienter. Dieses Landwirtschaftsmodell müssen wir im 21. Jahrhundert voranbringen: eine Landwirtschaft, welche die Zufuhr von Produktionsmitteln verringert (insbesondere diejenigen, die auf fossiler Energie basieren), die Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft und den höchsten Ertrag pro Flächeneinheit erwirtschaftet.

Das von Monsanto und verwandten Unternehmen geförderte, agrarindustrielle Landwirtschaftsmodell ist das genaue Gegenteil davon.

Olivier De Schutter*

* Professor an der Universität von Leuven in Belgien, Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung (2008 bis 2014)

Übersetzung aus dem Englischen: Esther Gerber, Zwischentitel: Archipel
Zusätzliche Informationen: www.monsantotribunal.org

GESTERN - HEUTE - MORGEN

Fortschrittsmythos

Wir bringen hier den 3. und letzten Teil der Arbeit über das Büchlein «Der moderne Fortschrittsmythos»¹. Eine Kritik der Fortschrittsidee mit Zitaten von Kritiker:innen dieser ebenso unausgegorenen wie allgemein verbindlichen Doktrin der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Idee vom Fortschritt war immer eng mit der Idee eines linearen Geschichtsverlaufs verbunden, welche die Menschheit weg von den schlecht gewaschenen Wilden hin zu den vortrefflichen und edlen Zivilisierten, die wir sind, leitet (womit der Kolonialismus, Rassismus und alle damit verbundenen Formen von Ausbeutung unter dem Vorwand gerechtfertigt werden, all diesen Primitiven die Zivilisation zu bringen). Diese Fortschrittsidee, die in der westlichen Welt schon viel zu lange dominiert, diene schon immer – im Namen des «Realismus» – dazu, den Blick für andere Wege und anders geartete Lebenswelten zu verstellen. Erinnern wir uns an die «ehernen Gesetze» der Geschichte, auf die sich z.B. im Laufe des 20. Jahrhunderts die selbsternannten Repräsentanten des Fortschritts – die Stalinisten – beriefen: Sie glaubten die Richtung und den Zweck der Geschichte zu kennen und meinten, sie wären dazu autorisiert, all diejenigen auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, die nicht im Gleichschritt des real existierenden Sozialismus marschieren wollten, also alle Andersdenkenden und Utopisten.

Falsche Pfade erkennen

«Wer in der Geschichte einen klaren Blick behalten möchte, muss vor allem Lichter löschen, die falsche Pfade weisen. All die Ideen also, die auf dem fauligen Boden des Hochmuts gedeihen», schrieb der Dichter Charles Baudelaire 1855. Man könnte es nicht

besser ausdrücken. Deshalb: weg mit dem Fortschrittsglauben! Wenn wir wollen, dass eine andere Welt möglich wird, wenn wir die Verbesserung unserer Lebensbedingungen hier auf Erden fortsetzen wollen, müssen wir ein für alle Mal mit dem Fortschrittsmythos Schluss machen. Fortschritt zerstört die natürlichen und sozialen Lebensbedingungen, weil er unsere Existenz in ihrem Fortbestehen und ihrer Entwicklung überall behindert. Der Götze muss vom Sockel gestossen werden: Die wahrhaften Verbesserungen gehen von der Erneuerung unserer Lebenswirklichkeit aus und nicht von der Entwurzelung – dieser unausweichlichen Begleiterscheinung des Fortschritts.

Die Sehnsucht nach Lebendigkeit und anderen sozialen Beziehungen ist bei vielen Menschen vorhanden. In exotischen Ländern oder in den historischen Zentren der Städte gibt es noch Spuren authentischen Lebens. Deshalb verbringen nicht wenige Menschen ihre Ferien dort oder lassen sich gern zu deren Besichtigung hinreissen. Indessen vermehren sich rundherum Betonwüsten und andere Un-Orte: überall dieselben Supermärkte, die Tristesse der Satellitenstädte, die sich gleichenden Bürotürme und Gewerbegebiete; intensive Viehhaltung und geklon-

1. Originaltitel: *Le mythe moderne du progrès*. Der moderne Fortschrittsmythos, entblättert und zerplückt vom Philosophen Jacques Bouveresse, basierend auf den Kritiken von Karl Kraus, Robert Musil, George Orwell, Ludwig Wittgenstein und Georg Henrik von Wright. Agone-Verlag, Sammlung Cent Mille Signes 2017.



Franz Ackermann, Helicopter, XV, 2001

FRANKREICH

Neuigkeiten von der ZAD

Wie bereits im letzten Archipel erwähnt, haben Ende April eine grosse Anzahl der Bewohner:innen der ZAD (Zone à défendre) von Notre-Dame-des-Landes nach der ersten Räumungs- und Zerstörungswelle seit der Absage des Flughafenbaus ein Dossier zusammengestellt im Hinblick auf «prekäre Verträge» mit dem Staat, um eine totale Vernichtung der ZAD vorläufig abzuwenden.

Die Regierung verlangte, dass jede landwirtschaftliche Aktivität der ZAD von Individuen präsentiert und anschliessend einzeln von diesen Personen vor einer Kommission der Landwirtschaftsbehörde hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit, Nützlichkeit für die Region und ihrer Wirtschaftlichkeit verteidigt wird. Auch die individuellen beruflichen Qualifikationen wurden beleuchtet. Jedes Projekt musste einzeln dem Landwirtschaftsminister, der Landwirtschaftskammer und der Präfektin präsentiert werden. Die einzelnen Projekte bekommen, wenn sie akzeptiert werden – bis auf Weiteres – einen «prekären Vertrag» mit dem Staat, der ihnen erlauben soll, vorläufig auf dem Land zu bleiben.

Um jedoch einer völligen Individualisierung dieses Prozesses zu entgehen, wurde ein gemeinsames Dossier geschaffen, in dem nicht nur alle existierenden landwirtschaftlichen Aktivitäten, sondern auch kulturelle, soziale, handwerkliche und bauliche Aktivitäten verlangt, in gleicher Weise behandelt zu werden. So wollen wir betonen, dass es selbst auf dem Land mehr als nur Landwirtschaft zum Leben braucht! Das Dossier ist als Gesamtwerk zu betrachten und zeigt nachdrücklich auf, dass sämtliche Aktivitäten in der ZAD miteinander vernetzt sind und deshalb eine Einzelbetrachtung völlig an der Realität des gemeinsamen Arbeitens und Planens in der ZAD vorbeigeht. Des Weiteren wurden für jedes Projekt kundige Menschen gefunden, die gerne Patenschaft stehen und das jeweilige Projekt in dessen Weiterentwicklung unterstützen möchten und dies in den allermeisten Fällen schon seit Jahren tun.

Die ZAD macht's gemeinsam

Am Tag, an dem jede Person ihre Aktivität einzeln vor der Prüfungskommission verteidigen sollte, konnte derselben eine Prüfung in Gruppen abgerufen werden – d.h. mehrere Aktivitäten wurden in «Teams» geprüft, die Pat:inn-en waren präsent, um die Aktivitäten mitzuverteidigen, und alle Teams trugen die gleichen T-Shirts mit

dem Aufdruck: «Die ZAD macht's gemeinsam!» In sämtlichen Treffen der Delegation des Gesamtverbandes mit der Präfektin und der Landwirtschaftsbehörde, dem Staatssekretär des Ministers Nicolas Hulot und mit Hulot selbst (Minister für die ökologische und soziale Wende) wurde bis zu diesem Tag die Forderung aufrechterhalten, einen gemeinsamen prekären Vertrag mit dem Staat für die gesamte besetzte Fläche zu unterzeichnen.

Alle diese Versuche, die heute in der ZAD gelebte Realität zumindest teilweise auf dem Papier wiederzufinden, sind mit der Ankündigung der Präfektin gescheitert, dass ausschliesslich je eine Person pro Landwirtschaftsprojekt einen Vertrag pro Parzelle mit dem Staat unterzeichnen kann, der bis Ende Dezember dauert und ohne jede Frist gekündigt werden kann. Nicht einmal alle landwirtschaftlichen – geschweige denn kulturellen, sozialen, handwerklichen – Projekte sind heute akzeptiert, sechs Projekte können zunächst keinen Vertrag unterschreiben und bleiben somit noch weitergehend in der Prekarität als alle anderen.

Für die Zukunft – nach Ende Dezember 2018 – bleibt zu hoffen, dass es noch Menschen auf der ZAD gibt und die Gendarmen nicht eine dritte, vierte, fünfte Räumungswelle nach neuen Selektionskriterien unternommen haben, so dass am Ende niemand mehr übrig bleibt, und dass die Gerüchte, nach denen der Staat das ursprünglich für den Flughafenbau vorgesehene Land möglichst zügig verkaufen will, sich bestätigen, sodass wir das Land kaufen und dann endlich selbst darüber bestimmen können. Mit etwas politischem Willen könnte so das gesamte kollektive Projekt in einer späteren Phase doch noch wahr werden!

Toni, 25. Mai 2018, la ZAD

te Feldfrüchte bis zum Horizont. Der Tourist meidet solche Orte, die ihn an sein eigenes graues Dasein erinnern und lässt sich lieber dort fotografieren, wo es noch lebendige Plätze gibt. Doch gerade auch dadurch werden die verbliebenen Einwohner:innen vertrieben und ihre althergebrachten Wohnstätten werden zu reinem Dekor. Venedig ist ein trauriges Beispiel dafür. Wirkliches Reisen bekommt seine inhaltliche Bestimmung durch menschliche Begegnung und neue Erfahrungen.

Andere Perspektiven

Der utopische Sozialist William Morris (1834-1896) hat in seinem Roman «Kunde von Nirgendwo» mit dem Untertitel «Eine Epoche der Erholung» eine erste anti-fortschrittliche Utopie gezeichnet, in der Industrie und Maschinen auf einen möglichst geringen Bereich beschränkt bleiben, um Platz für Arts & Crafts, Kunst und Handwerk, zu schaffen. Der Fortschrittsgläubige wird sich natürlich trösten: Glücklicherweise verteidigt heute niemand eine solche Perspektive!

Doch weit gefehlt. Das ist ja gerade die Hoffnung von all denjenigen, die sich zum Beispiel den unnützen und aufgezwungenen Megaprojekten², der Genmanipulation, der Gewinnung von Schie-

fergas usw. widersetzen, all den Dingen, die darauf ausgerichtet sind, vielen Regionen ihre Lebendigkeit zu nehmen und sie in Ressourcen zur freien Verfügung von Industrie und industrieller Landwirtschaft zu verwandeln. Das Programm der «zu verteidigenden Zonen» (ZAD) in Frankreich und anderswo besteht ja gerade darin, die unnützen und aufgezwungenen Megaprojekte zu verhindern. Landbesetzungen im Zuge der ZAD haben den Charakter von wahrhafter Wiederbelebung von ganzen Gebieten angenommen und schaffen eine Welt, die auf alternativen sozialen Beziehungen und auf dem Respekt gegenüber der Natur gründet.

Sicherlich ist der Fortschrittsglaube noch lange nicht tot. Doch schon Archimedes hat weit vor unserer Zeit verkündet: *«Gibt mir festen Grund und ich hebe die Welt aus den Angeln! Langsam und allmählich entsteht hie und da fester Grund.»*

Bertrand Louart

2. Auf Französisch spricht man inzwischen von «Schaden bringenden Megaprojekten» – Grands Projets Nuisibles (GPN) – weil diese zu Unrecht «unnütze Megaprojekte» genannt werden: Sie sind nicht unnützlich für deren Urheber und Förderer, die ihren Erfolg auf der Zerstörung der Bewohnbarkeit der betroffenen Gebiete gründen.

ABONNEMENT

- Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 sFr, 40 Euro auf Konto:
Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5
Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194 Vermerk: Archipel oder EBF
Österreich: Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

- Ich bestelle Exemplare von Archipel zum Vertrieb
- Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

NameVorname

Strasse

PLZ Ort Land